

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Keine Aenderung in Preußen.

Das deutschnationale Verlangen abgelehnt.

Die deutschnationalen Versuche zur Sprengung der preussischen Regierungskoalition sind gescheitert. Die Zentrumskoalition des preussischen Landtags beschloß einstimmig, daß eine Aenderung der Regierung im gegenwärtigen Augenblick nicht erwünscht sei. In der Form etwas milder, in der Sache ebenso deutlich, hat sich die vorkommende Fraktion ausgesprochen. Die Stellung der Demokraten ist bekannt.

Das Verlangen der Deutschnationalen hat also einmütige Ablehnung bei den bürgerlichen Parteien erfahren, um so mehr, als die Deutschnationalen gleich den Voten des Ministerpräsidenten für den Abg. Hergt und das Amt des Innenministers für den General v. Gatzl beanspruchten.

Nachdem der Versuch der bürgerlichen Mitte, eine Regierung mit Unterstützung der Rechten zu bilden, gescheitert ist, bleibt, wenn das Reich nicht der Anarchie überlassen werden soll, nur die Bildung einer Regierung übrig, die von der Sozialdemokratie unterstützt oder gebildet wird. Ob sie an dieser Regierung direkt beteiligt sein soll oder nicht, ist eine Frage zweiter Ordnung.

Die Sozialdemokratische Partei hat nichts getan, um die Verhandlungen über die Bildung einer Bürgerblockregierung zu stören. Aus Gründen der Klarheit hätte sie es begrüßen können, wenn das Volk erfahren hätte, was eine Rechtsregierung bedeutet. Dieser Ansehensunterricht hätte nicht nur den Anhängern der Deutschnationalen ein Licht aufgeleuchtet, sondern auch jenen Anhängern der Linken, die sich mit der Redensart trösten, es könne ja doch nicht mehr schlimmer kommen.

In der bürgerlichen Presse hat man unterdessen vielfach versucht, den Anschein zu erwecken, als ob die Rechtsregierung deshalb unvermeidlich sei, weil sich die Sozialdemokratie neuerdings auf die Stellung einer Opposition um jeden Preis zurückgezogen habe. Dieser Darstellung sind wir stets mit der größten Entschiedenheit entgegengetreten, nicht weil wir die Mittelparteien in ihrem erstrebten Glück mit der Rechten fördern wollten, sondern weil sie tatsächlich vollkommen falsch ist.

In der grundsätzlichen Stellung der Sozialdemokratie hat sich nichts geändert. Sie hat niemals Mitarbeit und Unterstützung prinzipiell verweigert, sie hat im Gegenteil ihre Mitarbeit in dieser oder jener Form stets gewünscht und gefordert. Nur hat sie diese Mitarbeit nicht so aufgefaßt und faßt sie

auch heute nicht so auf, daß die anderen handeln und sie zu allem Ja und Amen zu sagen hat.

Die jetzt zu bildende Regierung wird auf alle Fälle nur ein kurzes Leben haben, da die Wahlen spätestens im Juni, wahrscheinlich aber schon früher kommen. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben wird also sein, die Reue wahlen vorzubereiten, die im ganzen Reich, also im befestigten wie im unbefestigten Gebiet, in möglichst vollkommener Freiheit vorgenommen werden sollen.

Bis dahin werden angesichts der trostlosen äußeren und wirtschaftlichen Lage gewiß gewaltige Schwierigkeiten zu überwinden sein. Sie können überwunden werden, wenn die Parteien der Mitte, belehrt durch die Erfahrungen der neuesten Zeit, bereit sind, auf die Masse der Arbeitnehmer, Arbeiter, Angestellten und Beamten jede Rücksicht zu nehmen, die mit dem Zwang der Lage irgendwie vereinbar ist.

Eine Entwirrung der durch die Verhandlungen mit den Deutschnationalen noch mehr verwirrten Situation ist bisher noch nicht eingetreten. Herr Stegerwald hat seinen Auftrag noch nicht zurückgelegt, er dürfte es aber in den nächsten Stunden tun. Man spricht jetzt von einer Regierung der Mitte mit Marx (Zentrum) als Reichskanzler und Stresemann als Außenminister.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist für morgen 2 Uhr nachmittags telegraphisch zusammengerufen worden.

Von anderer Seite wird uns noch gemeldet:

Auf das Ersuchen der Deutschnationalen Fraktion des Preussischen Landtages, sich über die Frage einer Aenderung der großen Koalition in Preußen zu äußern, traten heute vormittag um 10 Uhr die bürgerlichen Fraktionen zu Sitzungen zusammen. Die demokratische Fraktion beschloß, auf eine gemeinsame Antwort der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten auf die deutschnationale Anfrage hinzuwirken und für den Fall, daß eine solche gemeinsame Antwort nicht befreit werden sollte, ihrerseits zu erklären, daß sie eine Verquickung der Reue im Reich mit den preussischen Angelegenheiten für unzulässig halte. Auch im Zentrum scheint, soviel man erfahren kann, keine Neigung zu einer Aenderung in Preußen vorzuherrschen. Die Deutsche Volkspartei wird voraussichtlich sich für eine Ablehnung der Anfrage in gemäßigter Form entscheiden, will aber ihre Fraktionsführung am Abend nach der Plenarsitzung des Landtages noch fortsetzen.

Zur Steuerdiktatur.

Von Kurt Heinig.

Jetzt sollen Deutschlands Finanzen in lutherischem Geiste durch den Artikel 48 der Weimarer Verfassung zwangsweise und antiparlamentarisch in Ordnung gebracht werden. Daß sie in Ordnung gebracht werden müssen, wenn nicht die Republik aus Mangel an Mitteln auseinanderfallen soll, ist mit vorschrittmäßiger Langsamkeit sogenanntes Gemeingut aller Oberfinanzräte geworden. Die Räten reden ja eine nicht mehr zu widerlegende Sprache. Werden die Oktoberentnahmen des Reiches in Goldmark umgerechnet — wir nehmen die Mitte jenes Monats mit einer Willkür gleich einer Goldmark als Maßstab — dann ergeben sich zum Beispiel

Kapitalertragssteuer	5 Goldmark
Reichsnotopfer	4
Vermögenssteuer nebst Zuschlag	454
Befähsteuer	162
Erb- und Schenksteuer	22 797
Auflichtersteuer	4 571
Kraftfahrzeugsteuer	29 561
Produkturkundenstempel	573
Brauwereimonopol	20 043
Stigkaresteuer	8 489
Saltsteuer	9 644
Spiellartensteuer	4 712
Sähtstoffmonopol	109

Unsere Zusammenstellung ergibt nicht einmal 100 000 Goldmark, mit diesen Einnahmen können noch keine hundert Beamte bezahlt werden, obwohl sie sich aus zwei Monopolen, Befäh- und Erbschaftsteuer und neun weiteren komplizierten, ganze Verwaltungen beschäftigende „Belastungen“ zusammensetzen. Einzelne der genannten Steuern sind in „Abbau“ begriffen.

Die gesamten Reicheinnahmen betragen im Oktober etwas mehr als 87 Goldmillionen Mark. Kürzlich wurde für unsere außerordentlichen Deckungsmittel festgestellt, daß sie im September — entsprechend umgerechnet — schon 1900 Millionen Goldmark beanspruchten. Im Oktober ist es wesentlich mehr geworden! Wie lange will angesichts dieser katastrophalen Zustände das Reichsfinanzministerium noch mit der großen Steuerreform warten? Wie lange geduldet es, an Stelle der Rotenpresse mit dem 1200 Rentenmillionen das wahnwütig hohe Defizit zu decken? Nach den eigenen Aussagen der Zeitung der Rentenbank hat das Reich die Hälfte seines Anspruchs bereits erfüllt bekommen. Spätestens Mitte Dezember ist nach der Meinung jener Leute das Faß ausgeschöpft. Was dann?

Der Weg ist, wie im „Vorwärts“ schon berichtet, vorbereitet. Ohne Parlament, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung soll im Handumdrehen Wandel geschaffen werden. So berichten wenigstens amtliche Auslassungen, so klang es aus Herrn Luthers Rede. Dabei zeigt der allerschuldigste Ueberblick seiner Absichten, daß ihre Erfüllung noch keine hundert Goldmillionen hinter dem Ofen hervorlocken wird. Das neue diktatorische Steuerprogramm ist nichts weiter als — Wille zum Diktatorismus.

Sehen wir uns nach besseren Einnahmequellen um. Unsere Vorschläge sehen wir als bekannt voraus. Am 25. November schreibt aber z. B. die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, oder richtiger, gibt sie dem folgenden Vorschlag in großer Aufmachung unter dem Signum „Inflationsertragsteuer“ Raum.

„Ende Mai dieses Jahres, vor dem Zusammenbruch der Stützaktion, notierte der Dollar etwa 70 000 M. Wer zu diesem Zeitpunkt Ware kaufte und diese mit einem Drei-Monats-Akzept bezahlte, stand Ende August bei Einlösung vor der für ihn erfreulichen Tatsache, daß die Ware nur noch 1/1000 kostete, denn der Dollar notierte um diese Zeit 11 000 000 M. Diese Geldentwertungsercheinung blieb bestehen bis in die letzten Tage und ist weiblich ausgeprägt worden. Wegbereiter waren führende Kreise des Wirtschaftslebens. Aus diesem Zusammenhange heraus ist auch die Verschleppung der Währungsreform zu begreifen, denn diese einflussreichen Kreise hatten natürlich kein Interesse an einer Stabilisierung der Währung und haben zweifellos einen hemmenden Einfluß ausgeübt; sie sahen in Haaren, der ihnen diese enormen Inflationserträge ermöglichte, ihren besten Freund.“

Hier ist die Möglichkeit gegeben, eine gerechte, nur den Verdiensten entsprechende und äußerst ergebnisreiche Steuer anzutragen, die außerdem nach dem großen Vorzug besitzt, leicht und schnell, ohne großen Kostenaufwand, erhoben werden zu können.

Alle diese Wechsel sind auf dem schnellsten Wege, meist noch am Ausstellungstage, in die Hände der Reichsbank gelangt, die sie auch pflichtschuldigst übernahm und damit diesen Kreisen fürstliche Geschenke machte — auf Kosten des gesamten Volkes, denn ebenso schnell, wie sich jeder von dem Wechsel trennte, bis er an seinem Bestimmungsorte, der Reichsbank, anlangte, trennte sich der Empfänger des Erlöses, meist der Verkäufer, von der Verantwortung ausgeföhren Papiermark und — kaufte Devisen. Fast den ganzen Gewinn hatte der Bezogene, der bei Fälligkeit die Einlösung aus der Westentasche vornehmen konnte. So ist es nur ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, wenn er heute einen Teil seiner Riesengewinne wieder hergibt. Damit aber nicht wieder das selbe traurige Ergebnis wie bei der Erfassung der Kriegsgewinne erzielt wird, ist eine kleine Umrechnung notwendig. Alle Wechsel sind durch die Reichsbank gegangen und dort gebucht worden. Von jedem Wechsel wird der Goldmarkbeitrag errechnet, und zwar auf Basis Dollarstand des Ausstellungstages.

In allen Wechseln ist verdient worden, sehr viel verdient worden, meist 99 Proz. Rechnen wir nur, um alle Einwände abzuschneiden, mit 80 Proz. und nehmen wir eine redliche Teilung vor.

An die Sozialdemokraten Deutschlands und Dänemarks!

In der Berliner Konferenz vom 26. November 1921 zwischen Vertretern dänischer und deutscher Arbeiterorganisationen erörterte man eine Reihe von Fragen, die die Bevölkerungen zu beiden Seiten der dänisch-deutschen Grenze betreffen, und in den Beschlüssen dieser Konferenz wurde auch die Bereitschaft der sozialdemokratischen Parteien ausgesprochen, die Behandlung von Fragen bezgl. der Grenzgebenden künftig gemeinsam in Angriff zu nehmen.

Demgemäß haben sich Vertreter der Arbeiterorganisationen südlich und nördlich der Grenze sowie der Leitungen der dänischen und der deutschen Sozialdemokratie am 25. November 1923 zu einer neuen Konferenz in Flensburg vereinigt. Beranlaßt wurde diese Konferenz durch die

chawinistische Agitation.

die sowohl von deutschen wie von dänischen Kreisen betrieben wird, eine Agitation, die von der Konferenz bedauert und verurteilt wird. Wenn diese chawinistischen Kreise die Gewalt hätten, ihre Pläne durchzuführen, so wäre das Ergebnis ein neuer nationaler Streit, eine Störung des gegenseitigen Vertrauens, das sich seit der Regelung der Grenze zu verbreiten begonnen hat, und eine Reihe von neuen Kämpfen und neuen Unheil für die Grenzbevölkerung der betreffenden Landestelle.

Wegen der Pläne, die von einzelnen Personen aus dänischen Kreisen entworfen sind und auf eine Verschiebung der dänischen Grenze bis zu einem südlicheren Punkt als dem vereinbarten abzielen, falls die auf Grund der traurigen Verhältnisse in Deutschland einsetzende Zerstückelung und Auflösung weiter vorschreitet, erklären die dänischen Vertreter, daß solchen

Versuchen einer Ausnutzung der Not

des Deutschen Reiches mit dem einseitigen Widerstand der Sozialdemokratischen Partei und der gesamten Arbeiterklasse Dänemarks entgegengetreten werden wird. Denselben Standpunkt vertritt nach der Keuzerung des Staatsministers Høeggaard im Folketing des dänischen Reichstags am 18. Oktober d. J. die gegenwärtige Regierung Dänemarks, und es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß eine überwältigend große Mehrheit des dänischen Volkes unbedingt diesen Standpunkt einnimmt.

Ebenso lehnt die deutsche Sozialdemokratie kategorisch alle auf eine Wiedereroberung des jetzt Dänemark zugesicherten Gebietes abzielenden Pläne ab. Diesen Plänen, es sei, daß sie eine Wiedervereinigung des dänischen Schleswigs mit dem Deutschen Reich oder die Schaffung eines selbständigen schleswigschen oder schleswig-holsteinischen Staates bezwecken, wird die Sozialdemo-

krautsche Partei, die deutsche Arbeiterklasse und die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes den stärksten Widerstand entgegenzusetzen.

Die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien beschließen, die sozialdemokratische Presse in beiden Ländern aufzufordern, mit aller Kraft

gegen die völkerverehrende Tätigkeit der Chawinisten

einzutreten; auch haben die Parteien die Kontrolle der Anwendung der Mittel zu verschärfen, die von den respektiven Ländern für sogenannte kulturelle Zwecke in Anwendung gebracht werden, und dagegen aufzutreten, daß unter diesem Namen der chawinistischen Agitation und Pressebetätigung Vorkauf geleistet wird.

Die Konferenz bestätigt in völliger Uebereinstimmung der sozialdemokratischen Parteien in Dänemark und Deutschland, daß die nach dem Friedensschluß 1920 auf Grund stattgehabter Volksabstimmungen vereinbarte Grenze zwischen Dänemark und Deutschland als gesetzlich geltende Grenze anerkannt wird. Die deutsche wie die dänische Sozialdemokratie lehnt jede irredentische Bewegung ab.

Ferner pflichtet die Konferenz der Erklärung vom 26. November 1921 über die

Behandlung der beliderlichen nationalen Minderheiten

bel. Der einzige wirksame Schutz ist der durch staatliche Befehle gewährleistete, und man betont die Notwendigkeit der Erfüllung einer moralischen Pflicht, die gegenwärtig noch vermiften gesetzlichen Bestimmungen zu schaffen, die den berechtigten Ansprüchen der nationalen Minderheiten entsprechen und die beiden Minderheiten hinsichtlich kultureller Rechte auf gleichen Fuß stellen.

Im übrigen bezieht die Konferenz sich auf die früher ausgesprochenen Erklärungen, nach denen die sozialdemokratischen Parteien der beiden Länder auch ferner zur Bewirklichung der den Minderheiten gegebenen Verordnungen beitragen werden, und wünscht die möglichst beste Nachbarschaft zwischen unseren Vätern. Die sozialdemokratischen Parteien werden wie bisher den Weg angeben, durch ein inniges, brüderliches Zusammenarbeiten der Arbeiterklasse unserer beiden Länder, zur Förderung der gemeinsamen Interessen und zur Kräftigung des Friedens und der Freundschaft zwischen den beiden Völkern.

Der Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
J. A. Otto Wils.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Dänemarks
S. A. Th. Stauning.

Der Verdienster der Bezogene. Sein Konto wird mit 40 Proz. des errechneten Goldmark-Wechselbetrages belastet.

Die Listen gehen an die einzelnen Finanzämter, die für den Wohnsitz der Bezogenen zuständig sind, zur Einziehung der Beträge. Der Ertrag der Steuer muß, namentlich auch im Hinblick auf die geringen Erhebungskosten, ganz gewollig sein.

Wir wiederholen, daß die vorstehenden Ausführungen der Titelseite der Nummer 46/47 der Deutschen Arbeitgeberzeitung („Zentralblatt der deutschen Arbeitgeber“) vom 25. November 1923 entstammen. Wenn sie dort veröffentlicht sind, dann mag man sie unbedenken durch Diktat oder Seedei ausführen. Wir fürchten, daß trotz der guten Quelle des Vorschlages im Reichsfinanzministerium ganz andere Steuer„verbesserungen“ beraten werden.

Reichsbank und Rentenbank.

Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank.

In der heutigen Zentralauschusssitzung der Reichsbank hielt Vizepräsident v. Glasenapp einen Vortrag, in dem er die Gegenwartsfragen der Reichsbankpolitik behandelte. Die Reichsbank ist nämlich an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt insofern, als sie seit dem 15. November keine Schatzanweisungen des Reiches mehr disponieren darf. Die Reichsbanknote bleibt das gesetzliche Zahlungsmittel. Zur Frage ihrer Bewertung führte Herr v. Glasenapp aus, daß eine weitere Inflation infolge von Reichskrediten nicht mehr erfolgen kann. Die Reichsbank zieht durch die Ausgabe von Rentenmark fortgesetzt Papiermarknoten aus dem Verkehr.

Der Betrag von 300 Millionen Rentenmark, der zur Abdeckung der schwebenden Reichsschuld von der Rentenbank zur Verfügung gestellt wird, übersteigt die schwebende Schuld wesentlich, die nur 191 Trillionen Papiermark beträgt. Die 300 Millionen Rentenmark würden also ausreichen, um außer dem Rotenummarsch auch einen Teil der Giroverpflichtungen des Reiches zu decken. Eine gänzliche Einziehung der Papiermark kommt nicht in Frage, um den Verkehr von Zahlungsmitteln nicht zu entblößen; der Rotenummarsch wird jedoch eingezogen, dadurch muß sich die Papiermark in ihrem inneren Werte heben.

Der Verkauf von Papiermark gegen Rentenmark erfolgte anfangs nur langsam; inzwischen ist jedoch ein Betrag von 100 Millionen Rentenmark für die Einziehung der Papiermark an die Reichsbank gelangt. Ihr Verkauf ist bei allen Reichsbankanstalten in die Wege geleitet. Die Zurückziehung der Papiermark wird durch Anruf aller Reichsbanknoten demnächst veranlaßt werden. Um unerwünschte Einwirkungen der Ausgabe von Rotgeld auf die Währungspolitik zu verhindern, wird seit dem 22. November an keiner Kasse der Reichsbank im unbesetzten Gebiet mehr Rotgeld angenommen. Für das besetzte Gebiet wird ein späterer Termin festgesetzt.

Nachdem die Kreditgewährung an das Reich aufgehört hat, kommen für die Reichsbank nur noch produktive Kredite in Betracht. Diese werden in Zukunft ihre ausschließliche Aufgabe sein. Die Kreditgewährung der Reichsbank vollzieht sich in immer steigendem Maße auf werbeständiger Basis. Diese Papiermarkkredite, die während einer unentbehrlichen Übergangszeit gegeben wurden, sollen demnächst ganz zum Verschwinden gebracht werden. Durch die Innehaltung dieses Programms, hofft die Reichsbank, die Papiermark zu festigen. Die Reichsbank hat einen Dollarkreditverkehr eingerichtet, und sich die Befugnis erteilen lassen, kurzfristige, auf Gold lautende, unverzinsliche Schuldscheine auszugeben, um mit ihrer Hilfe nötigenfalls in den Besatzmärkten regulierend einzugreifen. Sie ist weiterhin zur Emission auf Goldmark lautender Banknoten ermächtigt, um auf diese Weise der deutschen Banknote wieder eine internationale Geltung zu verschaffen. Durch ihren Goldvorrat wird die Reichsbank dabei auf das wirksamste unterstützt werden.

Goldmiete und Mietsteuer.

Der Deutsche Mieterbund (Sitz Berlin) hat an den Reichspräsidenten folgende Entschliebung gefandt:

„Der am 27. November versammelte Vorstand des Deutschen Mieterbundes erhebt schärfsten Protest gegen die Absicht der Reichsregierung, im Verordnungswege unter Heranziehung des

Artikels 48 der Reichsverfassung die Mieten in kurzer Frist auf den Vorkriegsstand aufzuwerten, eine ungeheure Mietsteigerung einzuführen und das Reichsmietengesetz, das den Mieter vor Lieberverteilung schützt, aufzuheben. Insbesondere erhebt der Vorstand entschieden Einspruch dagegen, daß das Defizit des Reiches, der Länder und der Gemeinden auf dem unsozialistischen Wege, dem der Mietersteuer, gedeckt werden soll, obwohl die Not der breiten Massen der Bevölkerung, die zur Miete wohnen, schon jetzt einen unerträglichen Grad erreicht hat und ständig weiter wächst.

Der Vorstand fordert von der Reichsregierung, daß sie bei der Neuregelung des Wohnungswesens die in der kürzlich von ihm eingereichten Denkschrift aufgestellten Gesichtspunkte beachtet und zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen den verfassungsmäßigen Weg über den Reichstag beschreitet. Eine Durchführung der geplanten unerträglichen Belastung im Verordnungswege würde die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die gerade durch Artikel 48 der Reichsverfassung gesichert werden sollen, erheblich gefährden.“

Sonderbündler-Kuddelmuddel.

Putzschichtenputz gegen die Putzschichten.

Köln, 29. November. (W.B.) Wie die „Kölnische Volkszeitung“ von gut unterrichteter Seite erzählt, ist die Regierung Matthes gestürzt worden. An ihre Stelle hat sich ein Diktator namens Hector Erz gesetzt. Matthes soll nach Düsseldorf geflüchtet sein.

Die Nachricht der „Kölnischen Volkszeitung“ ergänzt die von uns bereits wiedergegebene Meldung, nach der die Regierung der „Rheinischen Republik“ dem Oberkommissar Tirard selbst ihre Auflösung bekanntgegeben hat. Das Dekret dürfte von dem Oberpräsidenten Matthes selbst stammen. Wie sich jetzt aber herausstellt, hat sich die „Regierung“ Matthes keineswegs aufgelöst, sie ist nur dem unbekanntem Hector Erz davon gejagt worden. Die rheinischen Putzschichten beputzen sich also gegenseitig und zeigen eine verzweifelte Rehnlichkeit mit den völkischen Putzschichten im Reich, bei denen sich gleichfalls die einzelnen Führer — siehe Hitler, Kahr, Ludendorff und Ehrhardt — gegenseitig zu verdrängen suchten.

Ueber die Vorgeschichte dieses „Staatsstreiches“ wird der Pariser Presse aus Düsseldorf gemeldet:

Die separatistische Partei, aus der sich die provisorische Regierung in Koblenz gebildet hat, macht augenblicklich eine schwere innere Krise durch, die dort ohne Gefahr für die Zukunft dieser Partei ist. Zwischen Dorten und Matthes bestanden schwere Meinungsverschiedenheiten. Trotz aller Versöhnungsversuche und offiziellen Erklärungen einer Einheitsfront habe von Anfang an eine gewisse Meinungsverschiedenheit zwischen Dorten und Matthes geherrscht. Die Mißstimmung wurde in den letzten Wochen immer größer und im Innern der sogenannten provisorischen Regierung trat eine Spannung zwischen den Ministern ein, wobei jede Fraktion auf ihre Rechnung andere Bestimmungen traf. Dorten wollte niemals nach Koblenz kommen, um gemeinsame Sache mit Matthes zu machen, und erlangte auch den Erlaß der Regierung vom 5. November nicht an, der Matthes die Vollzugsmacht für das ganze Rheinland außer der Pfalz gab. Die Anhänger Dortens traten am 14. November zusammen und beschloßen, daß Matthes zukünftig in Bonn seinen Sitz haben sollte und mit der Exekutivgewalt für den Norden des Rheinlandes beauftragt werden würde. Dorten sollte sich in Bad Ems niederlassen und die Exekutive für den Süden des Rheinlandes ausüben. Koblenz bleibt unter dem direkten Befehl der sogenannten republikanischen Regierung, die dort ihren Sitz hatte. Matthes betrachtete sich jedoch als Chef der Regierung und weigerte sich, Koblenz zu verlassen trotz der Mißstimmung der Anhänger Dortens, die ihn beschuldigten, er wolle sich als Diktator aufspielen.

Gestern wurde Matthes ein Ultimatum übermittelt, das ihn auffordert, seinen Posten in Bonn binnen 24 Stunden anzutreten. Matthes antwortete, indem er die Regierung auflöste und diese Entscheidung dem Oberkommissar Frankreichs in der Rheinlandkommission Tirard in einem Brief mitteilte. Er erklärte, daß er seinen Entschluß gefaßt habe, weil die Regierung zum großen Teil aus unzuverlässigen und unanständigen Leuten zusammengesetzt sei. Matthes, der sich im Augenblick in Düsseldorf aufhält, erklärt, daß es sich tatsächlich um eine Art militärischen Staatsstreich handelt, der von den „Obersten Räten

der Reichsarmee“ organisiert sei, deren Auflösung er am 27. November verfügt habe.

Tatsächlich, so wird weiter berichtet, haben zahlreiche Bänder aus verdächtigen Elementen, die behaupteten, sie seien separatistische Truppen, in der letzten Zeit in den rheinischen Ortschaften die Bevölkerung gebrandschagt und geplündert. Um derartige Ausschreitungen zu vermeiden, und den richtigen Rheinlandtruppen, deren Rolle streng begrenzt ist, keinen läßlichen Fuß zu geben, hatte Matthes beschloßen, die Truppen zu entlassen und löste infolgedessen auch den Generalstab auf, der jedoch das vorzeitige Ende seiner Karriere nicht annehmen wollte. Während der „gestrigen Kabinettsitzung“ beschloß der „Oberste Rat der Rheinarmee“ seinerseits, die Regierung abzulegen und eine militärische Diktatur einzuführen. Da Matthes die Minister vorher aufgefordert hatte, sich für oder gegen die Diktatur auszusprechen, diese jedoch eine Entscheidung nicht treffen wollten, reiste Matthes nach Düsseldorf ab, nachdem er erklärte, er löse die Regierung auf.

Es scheint, so endet die Meldung, daß die Minister in Koblenz annehmen, weiterhin ihre Tätigkeit ausüben zu können. Die Verhandlungen, die gestern zwischen den „Ministern und rheinischen Militärs“ stattgefunden haben, lassen es als wahrscheinlich erscheinen, daß die Regierung trotz des Rücktritts Matthes, dessen Auflösungsdekret man als ungültig betrachtet, weiter regieren wird.

Soweit der Bericht. So wie die Deutschösterreichischen im Reich merken sich also auch die rheinischen Sonderbündler gegenseitig Unzuverlässigkeit und Unanständigkeit vor. Die Aufklober, die Matthes erhebt, wirken um so grotesker, als er selbst von der deutschen Kriminalpolizei wegen gemeiner Verbrechen verfolgt wurde und deshalb in die schützenden Arme der französischen Besatzungsbehörden verflüchtete. Man darf gespannt sein, wie sich der Sonderbündler-Kuddelmuddel weiter entwickeln wird, und was die Internationalisierte Rheinlandkommission, die bekanntlich für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Rheinland verantwortlich ist, mit den Bändern machen wird, die selbst zugestehen, daß sie sich aus Verbrechern und Räubern zusammensetzen.

Dollar unverändert.

Zahlungsschwierigkeiten tieferer Banknoten.

Der Pleitegeier scheint diesmal in Börsen- und Spekulantentreiben eine reiche Ernte halten zu wollen. Der Kreis der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen kleinen Firmen wächst noch immer. Der Börsenvorstand wickelt sich in seiner morgigen Sitzung vor Beginn der offiziellen Börse mit diesen Dingen ab und feststellt, welche Firmen nicht mehr als auftragsfähig angesehen werden können. Selbstverständlich herrscht im Hinblick auf diese heisse Situation allgemein Geschäftslust und vorsichtige Zurückhaltung. Selbst die Lasten, die auf dem Geldmarkt nach Erleichterung der Kreditsituation eine fühlbare Verflüssigung eingetreten ist, die in Eßeln für tägliches Geld von 5 Proz. und darunter zum Ausdruck kommt, vermindert die Spekulation nicht zu ermüden, auf Grund der gestern stark zurückgegangenen Kurse wieder einzusteigen. Immerhin kann man sagen, daß die gestern erreichten amüsanten Notierungen heute vorwiegend als Geldkurse genannt wurden, daß also die erwartete weitere Abschwächung bisher noch nicht eingetreten ist. Die innerpolitischen Zustände, insbesondere die ernsthaft erwogene Möglichkeit einer Auflösung des Reichstages sind auch nicht gerade danach angehen, die Unternehmungslust der Börse zu steigern.

Am Devisenverkehr ist keine Veränderung eingetreten. Bei einer Zuteilung von 1 Proz. wurden wieder die gestrigen Kurse notiert. Heute fand ein offizieller Verkehr auch in festverzinslichen Werten statt, doch waren die Umsätze nur in wertbeständigen Anleihen, insbesondere Goldanleihe und Roggenrentenbriefen etwas lebhafter. Die meisten Papiere des Rentenmarktes konnten auch heute wieder nicht notiert werden.

Die französische Liga für Menschenrechte hat die Regierung um die Erlaubnis ersucht, einen öffentlichen Umzug zu veranstalten, der sich nachher nach dem Hause begeben sollte, wo Saurès am 31. Juli 1914 ermordet wurde. Die Regierung hat die Erlaubnis für die Veranstaltung dieses Umzuges verweigert, worauf die Liga beschloßen hat, diesen auf den 31. Juli 1924 zu verschieben, da man sich dahin hoffe, daß die gegenwärtige Regierung gestürzt und die wahre Republik wiederhergestellt sein werde.

Substanzverminderung.

Von Emil Rath.

Die Industrie, die Landwirtschaft und der Großhandel dürfen das allerdings etwas ansehnliche Verdienst in Anspruch nehmen, neben waltawertigen Erzeugnissen auch das Schlagwort von der „Substanzverminderung“ auf den Markt geworfen zu haben, das wie ein ins Wasser geworfener Stein immer weitere Kreise um sich zog und endlich beim Kleinhandel zum Stillstand kam. Zugegeben: die Substanz der Industrie verminderte sich, weil nicht genügend Devisen zum Ankauf von Rohstoffen zur Verfügung standen. Die Substanz der Landwirtschaft verminderte sich bei der Arbeit auf lange Sicht“ für den Großhandel galt das gleiche wie bei der Industrie. Aber diese Verminderung der Substanz schritt bei weitem nicht in dem Maße fort wie das Sinken des Arbeitslohnes und der Gehälter.

Nachdem der Kleinhandel ebenfalls nach Goldmark verkaufen darf, bleibe der „republikanischen“ Regierung nur noch ein konsequenter Schritt zu tun: gesetzliche Regelung der Arbeitslöhne und Angestelltengehälter, gemessen an den Goldpreisen. Sie hat diesen Schritt zu tun bisher verabsäumt oder — nicht zu tun gewagt.

Undes eine geduldige Arbeiter- und Angestelltenchaft immer noch auf das Wunder dieser Tat wartet, geht sie unaufhaltsam, aber mit unerbittlicher Sicherheit an ihrer eigenen Substanzverminderung zugrunde. Gemäß: die Welt ist durchweg teurer geworden. So um etwa 50 bis 60 Proz. Und es wäre daher wirklich eine beschämende Tat, durch Befehl dem Teile des deutschen Volkes, der bisher die größten Opfer, moralisch, finanziell, an Arbeit, brachte, die Möglichkeit zu geben, den künftigen Rest der „Substanz“, der ihm nach diesen Kriegen und den noch schlimmeren Friedensjahren blieb, zu wahren.

Die Industrie, die Landwirtschaft, der Groß- und Kleinhandel haben ihr Anlagekapital, ihre Maschinen und sind befreit, dieses Kapital zu vermehren oder, wo dies nicht möglich, doch im alten Umfang zu erhalten. Der Arbeitende hat auch sein Anlagekapital: Körper, Geist, Kleidung, Heim, die Werte, die allein die Voraussetzungen guter Arbeit sind. Es sei hier nicht etwa an Arbeitsumfang gedacht, aber an das Leibliche und geistige Wohlbefinden der Arbeitenden. Wähten die Regierenden doch einmal hineinsehen in die abertausend Gesichter, die im Morgendämmerung zur Arbeitsstätte gehen: verkörperte Substanzverminderung. In der Rehrzahl hagere, von kalten zerrissene Gesichter, leicht und stark gekrümmte Schultern und Rücken, nicht der „elastische“ Gang, wie er in Romanen und bei hochgestellten Persönlichkeiten als Symbol körperlicher Frische zu finden ist, aber schleppend, schlürpfend. Und die in ihrer „Substanz“ verminderte Kleidung: Plüden an Plüden, zerlöcherter Schuhe, zerfärbte Beinkleider, verwitterte Hüte, edel schäbige Eleganz des einstigen „Mittelstandes“, nur selten das Aufleuchten weißer, gestärkter Reinelewe.

Und wie würden sich fette Augen erschrecken meiden, dürften sie einen Blick in die Frühstückstafel oder auf den Mittags- und Abend-

tisch des Arbeitenden werfen! Das Märchen von den hohen Löhnen würde an dieser Dürftigkeit wohlverdient zerfallen: Wenn nicht gerade trodenes Brot, so doch Margarinebrot, von Butter kaum zu reden. Beneidenswert der, der auf dem Arbeits- oder Nachhauseweg noch Obst ersehen kann! Und wie sieht es mit der „warmen“ Mahlzeit? Wo ist das berühmte „Huhn im Topf“?

Wohin das Auge hier schaut: Substanzverminderung! Kleidung kann nicht neu beschafft werden, Heizung wird zum Luxus, das elektrische Licht hat seinen so hoffnungsvoll begonnenen Siegeslauf zwar fortgesetzt, aber ausschließlich in den herrschaftlichen Häusern. Sogar das Gaslicht ist unerschwinglich geworden und hat kümmerlich brennenden Petroleumlampchen Platz gemacht. Gute Ehen werden zertrübt in steter Sorge um die mühselige Erhaltung der Substanz. Jeder Familienzunahme bedeutet eine Verminderung der Substanz bei gleichbleibendem Arbeitsentlohn.

Und so bleibt nur das eine: Doch um doch den Nieren um die verminderte Substanz enger schnüren, wenn nicht doch ein Kabinett einmal einen Lichtgedanken hätte: für die Substanzhaltung derjenigen einzutreten, die so doch die gehaltvollste Substanz der deutschen Republik selbst sind.

Bis zu diesem Zeitpunkt aber hilft Herr von Seede den Darbenden und Ringenden vielleicht durch eine energische Verordnung gegen das Hungern aus oder ordnet Selbsterhaltung der Substanz durch Jungfernzeugung an. . . .

Das Ende der Märkischen Wanderbühne!

Das über 16 Jahre bestehende Märkische Wandertheater steht vor dem Zusammenbruch, da es die Goldkarre der Eisenbahn für die Beförderung des Ausstattungsgedäcks nicht mehr tragen kann. Da die Wanderbühne in Sälen spielt, die durchschnittlich nur 300 Personen fassen, können die vielen Billionen, die täglich für die Beförderung des Gedäcks nötig sind, von den wenigen Besuchern nicht aufgebracht werden. Obwohl das Reichsministerium des Innern und das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung anerkennt, daß die Aufrechterhaltung der Märkischen Wanderbühne, gerade in der heutigen, schweren Zeit, dringend im Interesse des Staates liegt, hat das Reichsverkehrsministerium wiederum mit „größtem Bedauern“ abgelehnt, das Ausstattungsgedäcks als Reisepostgut unentgeltlich zu befördern. Der Betrieb der Märkischen Wanderbühne müßte deshalb eingestellt werden. Somit ist den kleinen Städten der Provinz Brandenburg, Pommern und großen Teilen von Schlesien, Sachsen und Hannover die einzige, künstlerisch geleitete Wanderbühne genommen. Das Ministerium des Innern und das Kultusministerium sind zur Stunde noch weiterhin bemüht, den Widerstand des Verkehrsministeriums zu überwinden.

Die breite Bevölkerung wird es nicht verstehen und lassen können, daß wegen einiger Reiseförderung ein Institut, wie die Märkische Wanderbühne, eingehen muß in einer Zeit, wo es mehr denn je seinen Zielen hätte nachgehen müssen. Die Kleinstädte haben weiter keine Einrichtung, die ihnen hin und wieder einige Stunden der Freude und der Erbauung zu bringen imstande ist.

Hauptmanns „Friedensfest“ wurde im Neuen Theater am 300 in einer einmaligen Aufführung gegeben. Die „Schaubühne“, die unter Bruno Borchardts Leitung einen Hauptmann-Johannes beschäftigt, führte sich mit diesem Jugendwerke Hauptmanns gut ein. Das Schwerlastende, die Familienerzählung und das Problem der patriotischen Vererbung, aber auch die mutig-optimistische Lebensauffassung, die in der Braut des einen Sohnes — Wilhelm — siegreich sich durchsetzt, kam unter der Regie Heinz Goldbergs stark heraus. Der Gesamtcharakter war in der Darstellung richtig getroffen, besonders die naturalistische Milieumalerei und die Sprachbehandlung, die vielfach ins Unartikulierte greift. Friedrich Bobe gab dem Dr. Holz die kraftvollen Züge und den Reiz des Sonderlings. Außerordentlich lebensfrisch war Adèle Harwig als Braut, Wilhelm, der neurotische Sohn, der den Idealismus, aber auch die Willensschwäche des Vaters in neuer Formung aufweist, könnte den Vorwand für eine höchst interessante pathologische Studie abgeben. Wilhelm Böckler suchte dieser zwischen allen Extremen hin und her gerissenen Gestalt nach Kräften gerecht zu werden. -r.

Neues aus Dostojewskis Nachlaß. Eine systematische Dostojewski-Forschung hat in Russland erst in den Kriegsjahren eingesetzt und auch der Nachlaß der Witwe wird erst jetzt der Wissenschaft erschlossen. Bedeutende Funde, die neues Licht auf das Schaffen des großen Dichters werfen, werden in einem bei R. Pieper in München erscheinenden Band „Petersburger Träume“ zum erstenmal in deutscher Sprache veröffentlicht. Dem Nachlaß entstammen verschiedene großartige Zusätze zu den „Dämonen“ und der „Jüngling“, sowie Aufzeichnungen zu dem leider nie geschriebenen Roman „Leben eines großen Sünders“. Ein außerordentlich interessantes Bruchstück aus dem „Totenhaus“ wurde in den Akten der Petersburger Zensur gefunden. Dazu kommen wichtige Briefe des Dichters und zahlreiche verstreute Aufsätze, darunter Notizen über Schiller, E. T. A. Hoffmann, Poe u. a.

Der VI. Jugendberühmtenabend des Verbandes deutscher Geschlechter findet am 1. Dezember, abends 8 Uhr, in der Aula des Real-Gymnasiums, Berlin W 35, Köpenickerstraße 84c, statt. Hans A. Hüllen und Hans G. Hilpp-Wey werden aus eigenen Werken vortragen. Eintrittskarten im Werte von zwei Straßenbahnfahrten für Erwachsene (Kinder die Hälfte) sind erhältlich beim Hauswart der Anstalt und an der Abendkasse.

Der rufische Schriftsteller Kwerfjenski wurde aus Rumänien ausgewiesen. Als Grund werden rumänienfeindliche Artikel Kwerfjenski aus der Zeit vor dem Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg angegeben. Dieser Kwerfjenski hat entzündende Protesten über das zaristische Rumänien geschrieben und wahrscheinlich intendiert, daß es in Rumänien unverändert weiter lebt.

Die prähistrische Krim. Der Vertreter des russischen Museums in Petersburg, Deutsch-Domelowski, der die khorischen Ausgrabungen in der Krim leitet, entdeckte 25 km östlich von Simieropol in einer Höhle reiche Kulturreste aus prähistorischer Zeit, und zwar Feuersteinmesser, Pfeilspitzen, Schaber und Steinbeile, Ueberreste des Höhlenmenschen, des Höhlenmenschen u. a., außerdem Ueberreste aus italisch-griechischer und aus laterischer Zeit in den oberen Schichten.

Gewerkschaftsbewegung „Goldlöhne“.

Die ärgste Heuschreck bei den Klagen der Unternehmer über die mangelnde Konkurrenzfähigkeit und die schlechte Wirtschaftslage der deutschen Industrie, wenn es sich um die Festsetzung der Löhne handelt, besteht in der den Unternehmern selbstverständlich bekannte Tatsache, daß die Löhne der deutschen Arbeiter und Angestellten weit unter denen ihrer Kollegen im Ausland liegen. Die ungeheure Wirtschaftskrise, in der wir uns befinden, die Betriebsstilllegungen und Betriebsbeschränkungen, die von den Unternehmern vorgenommen werden, ist von diesen mit Absicht geschaffen worden. Während die deutsche Arbeiterkraft hungert und der deutsche Mittelstand verhungert, haben die Stinnes, Linke-Hoffmann, Thyssen, VEG, Siemens-Schudert usw. nicht allein ihre Industrieanlagen im Inlande, sondern auch im Ausland in beispielloser Weise vermehrt. Gleichzeitig hat sich die gesamte Landwirtschaft, besonders aber der Großgrundbesitz, wie man zu sagen pflegt: gesund gemacht. Das Bankkapital seinerseits hat diese Entwicklung gefördert und auf Kosten der kleinen Sparer sich und dem mit ihm verbundenen Industriekapital ungeheure Gewinne zugeschanzt. Durch diese Inflationsgewinne auf Kosten der Arbeiterkraft und des Mittelstandes vermehrt, sucht man nun diese Ausplünderungspolitik bei der Umstellung auf Goldrechnung zu verewigen.

Es ist deshalb den Unternehmern entgegengehalten, daß die Löhne der Arbeiterkraft nicht nur nominal gegenüber der Vorkriegszeit zurückgegangen sind, sondern daß auch der Reallohn am Produkt außerordentlich gesunken ist. Eine entsprechende Aufwertung der Löhne wird also im allgemeinen einen geringeren Einfluß auf die Preisgestaltung haben als vor dem Kriege.

Aber auch ein anderer Umstand ist zu berücksichtigen. Infolge der rapiden Entwertung der Papiermark mußte allmählich eine außerordentliche Erhöhung der Risikoprämie vorgenommen werden. Handel und Industrie haben bei Zahlung in Papiermark sich gegen die Geldentwertung dadurch geschützt, daß sie entsprechende Preisaufschläge vornahmen, während sie es ablehnten, die in den Richtlinien über Lohnvereinbarungen vom 1. September vorgesehenen Entwertungszuschläge bei Löhnen und Gehältern zuzugestehen. Da nun bei Zahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln die Risikoprämie der Geldentwertung fortfällt, muß sich entsprechend der Preis der Ware verbilligen.

Bisher hat man allerdings davon im Kleinhandel nichts gemerkt, es sei denn, daß bei Zahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln ein Rabatt gewährt wird. Dieser Rabatt stellt die Risikoprämie des Kleinhandels dar. Der Großhandel, die Fertigung wie die Schwerindustrie haben sich bisher geweigert, von den Kartellpreisen herunterzugehen. Wie kann man angesichts dieser skandalösen Tatsache noch die Forderung aufstellen, die Lohnempfänger müßten nicht allein auf ihre Reallohn der Vorkriegszeit, sondern sogar auf ihre Nominallohn verzichten!

Nun ist es eine bekannte Tatsache, daß die Preise in „Gold“ infolge der künstlichen Niedrighaltung der Devisen von Woche zu Woche steigen und noch weiter steigen. Es ist deshalb die Festsetzung eines Goldlohnes — Rentenmarktarife sind überhaupt abzulehnen — auf längere Zeit nur mit der Goldindexklausel abzuschließen. Solange das Reichsarbeitsministerium sich weigert, die Lebenshaltungskosten in Gold zu veröffentlichen, muß auf die Preisschwankungen in Gold der Großhandelspreise Bezug genommen werden. Diese stiegen in der Zeit vom 30. Oktober bis 27. November fortgesetzt in folgender Weise: 30. Oktober 120,5 Proz., 6. November 129 Proz., 13. November 132,8 Proz., 20. November 141,8 Proz., 27. November 142,8 Proz. Die Lebenshaltungskosten, umgerechnet nach dem Dollarkurs, gingen in der letzten Woche noch darüber hinaus.

Es ist weiter stets im Auge zu behalten, daß die deutsche „Goldmark“ ein fiktiver Begriff ist und daß 4,20 M. keineswegs auf dem Weltmarkt identisch sind mit einem amerikanischen Dollar. Der Dollar selbst hat jedoch 60 Proz. seiner Kaufkraft seit 1914 eingebüßt. Diese Umstände müssen bei allen Lohnfestsetzungen berücksichtigt werden. Nur wenn die Kaufkraft der Löhne dem veränderlichen Goldniveau angepaßt wird, kann die Wirtschaftlichkeit der Betriebe gehalten werden.

Gegen die Personal-Abbauperordnung.

Die Spitzenorganisationen der Beamten, und zwar der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, der Deutsche Beamtenbund, der Gesamtverband der Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften, der Reichsverband der höheren Beamten und der Ring deutscher Beamtenverbände haben in einer gemeinsamen Eingabe an sämtliche Fraktionen des Reichstages entschiedene Verwahrung eingelegt gegen die von der Regierung gewählte Methode des Personalabbaues. Als Voraussetzung des an sich gerechtfertigten Zieles wird die Herab-

drückung der Generalunkosten bezeichnet. Dies soll durch folgendes Mittel erreicht werden: Vereinfachung des behördlichen Aufbaus, Verminderung der Ministerien, Abbau des angeschwollenen Aufwandsapparats, Reduzierung des Zentralisierungssystems, Abschaffung der Bearbeitung derselben Materie durch verschiedene Dienststellen, Vereinfachung der Gesetzgebung, Befreiung der Staatsmaschine von dem durch das Eindringen ungeeigneter und schließlich nicht vorgebildeter Elemente bedingten Verbrauch vieler Teile, Beseitigung der Überorganisation. Zum Schluß wird in der Eingabe gebeten, die Personalabbauperordnung aufzuheben, bis zur Aufhebung der bereits vorgenommenen Abbaumaßnahmen rückgängig zu machen und weitere Abbaumaßnahmen vorläufig zu unterlassen. Zur Mitarbeit an einem vernünftigen Abbau erklären sich die Spitzenorganisationen bereit.

Die vom Aktionsausschuß der Angestelltenräte bei den Reichs- und Staatsbehörden vertretenen Angestellten verammelten sich am Mittwoch außerordentlich zahlreich in den Kommerzien, Teletower Straße, um gegen die Personalabbauperordnung Protest zu erheben. Es ist erfreulich, daß die Angestellten den Weg zur gewerkschaftlichen Arbeit gefunden haben, um so geschlossener um ihre Existenz zu kämpfen. Der erste Vorsitzende des Aktionsausschusses, Sturmheit, behandelte eingangs seiner Ausführungen die Personalabbauperordnung, die besonders gegen Angestellte äußerst schroff vorgehe. Der § 15 der Verordnung, der da sagt: „Angestellte sind zu entlassen“, liefert dafür das beste Zeugnis. Man könnte den Abbau verstehen, wenn die Angestellten in ihrer Tätigkeit versagt hätten. Aber gerade das Gegenteil trifft hier zu. Gewiß muß ein Abbau einsehen. Jedoch lehnen wir eine Beteiligung des Angestelltenprinzips ab. Wenn finanzielle Gründe für den Abbau maßgebend gemacht werden, so nutzt es einem doch eigenmächtig an, daß diejenigen Beamten, die dann die ehemalige Arbeit eines niedrig bezahlten Angestellten verrichten, ihr altes Dienstgehalt weiter beziehen. Wir fordern daher, daß der Abbau unter Wahrung der gesetzlichen Rechte der Angestellten zu erfolgen hat. Im übrigen müssen hierbei die Gewerkschaften und die Angestelltenräte gehört werden.

Fräulein Reutner, vom Aktionsausschuß, ergänzte diese Ausführungen. Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums der Deutschdemokratischen Partei bezeichnete die Haltung seiner Parteifreunde im Landtage als einen Fehler und kündigte erfreulicherweise einen Rückzug von dieser Politik an. Ingenieur Müller-Neuhaus vom Reichswehrministerium entwickelte in längeren Ausführungen den Begriff der Idee des Reichsstaates, wie er sich in einem Volksstaate offenbart. Ein Vertreter des JdV, wie im besonderen darauf hin, daß im Reichsarbeitsministerium verheiratete Frauen, deren Männer eine feste Existenz haben, weiter beschäftigt werden, während auf der anderen Seite Familienväter zur Entlassung gelangen. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Heidemann versprach, nach den üblichen politischen Phrasen, daß seine Partei die Bestrebungen der Sozialdemokratie und der Demokraten beim Personalabbau unterstützen werde. Schließlich gelangte folgende Resolution gegen eine Stimme zur Annahme:

Die heute in den Kommerzien verammelten Angestelltenräte und Angestellten der Reichs- und Staatsbehörden erheben einmütigen Protest gegen die beabsichtigte Art des Personalabbaues bei Reichs- und Staatsbehörden auf Grund der Personalabbauperordnung vom 27. Oktober 1923, die nichts anderes als die Verletzung bestehender Verträge und die Vernichtung des Angestelltenprinzips bedeutet.

Die Versammlung erwartet von den Fraktionen des Reichstages und der Landtage, von der Presse und den Gewerkschaften, daß sie für die restliche Aufhebung dieser Verordnung eintreten; sie fordert einen Abbau nach sachlichen und wirtschaftlichen Grundsätzen, die nur unter Aufrechterhaltung des Angestelltenprinzips möglich ist. Die Versammlung verlangt daher, daß die Regierung den Personalabbau auf gesetzlichem Wege regelt und daß in diesem Gesetz die vorstehenden Forderungen verwirklicht werden.

Konflikt im Posamentiergewerbe.

Im Posamentiergewerbe sollte laut Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses für die Zeit vom 19. bis 24. November der Gehältern 60 Goldpfennige sein. Die Löhne der übrigen Arbeitnehmer sollten die gleichen Abstrichungen erfahren, wie im alten Lohnabkommen. Die Arbeitgeber lehnten diesen Schiedsspruch ab und erklärten sich größtenteils bereit, das zu zahlen, was in dem merkbaren Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums gegen den Nordostdeutschen Textilarbeiterverband vom 10. November gebraucht worden ist, wo als Richtlohn 28 Goldpfennige festgesetzt wurden, weil nun ein Posamentiergehälte 3 bis 4 Jahre lernen muß und ein Kunsthandwerk ausübt, soll er 10 Prozent über die 28 Pfennige erhalten, aber nicht als Goldpfennige, sondern als 308 Milliarden Papiermark. In der Vorkriegszeit war der Tariflohn 65 Pfennige und darüber und müßte also der Teuerung entsprechend eine Mark betragen, also mehr als das Dreifache dessen, was nach Ansicht der Unternehmer in der heutigen Zeit genügt, um alle notwendigen Bedürfnisse befriedigen zu können. Es wird nun Sache des Demobilisierungskommissars sein, den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der ein Minimum in jeder Beziehung ist, für verbindlich zu erklären.

Zigarettenfabrik, Freitag nachmittag 1/6 Uhr bei Schulz, Gildstraße, 30; Sitzung sämtlicher Vertrauenspersonen der Zigarettenfabrik. Der Arbeiterverband.

Wirtschaft

Die Uebersteigerung der Goldmarkpreise.

Uns wird geschrieben: Ein Berliner Blatt brachte kürzlich eine Gegenüberstellung der heutigen und der 1913 gezahlten Goldmarkpreise für 34 Waren. Die Zahlen sind einer am 12. November vom Statistischen Amt der Stadt Berlin herausgegebenen Tabelle entnommen und lassen mit erschreckender Deutlichkeit erkennen, wohin die Reise geht, auch unter der Herrschaft der Goldmarkrechnung und Rentenmark. Die Gepflogenheit der Produzenten und Händler, die Warenpreise nach Belieben oder mit Hilfe eines sogenannten Schlüssels fortwährend zu erhöhen, die im Zeichen der Papiermark in gewissen Grenzen berechtigt war, wird auch in Goldmarkpreisen lustig fortgesetzt. Wir haben heute schon wieder eine Verteuerung der Goldmarkpreise für einzelne Waren bis zum vier- und achtfachen der Friedenspreise. Wurden die Preissteigerungen in Papiermark hervorgerufen, teilweise durch die Inflation, so werden die Preissteigerungen in Goldmark eine neue Inflation in Rentenmark herbeiführen. Um diese zu verhindern, darf sich nicht nur die Wucherpolitik mit der Frage der Goldmarkpreisgestaltung befassen, sondern diese Frage dürfte auch in das Gebiet des Währungskommissars hinüberspielen; dessen Maßnahmen müssen allseitig bleiben, wenn es nicht gelingt, die Preistreibererei in Goldmark einzudämmen und die Goldmarkpreise selbst auf ein richtiges Maß zurückzuführen. Es ist zu befürchten, daß die von Produzenten, Großhandel und Kleinhandel, also mindestens an drei Stellen, in der Kalkulation eingefügte Risikoprämie auch fernerhin als Bestandteil jeder Kalkulation bestehen bleibt. Die Folge wird sein, daß auch bei allgemeiner Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel stets und fortwährend die Warenpreise überhöht werden und somit die Risikoprämie ein inflationistisches Element bildet, das zur Entwertung der wertbeständigen Zahlungsmittel führt.

Ganz richtig ist die Feststellung, daß Produzenten und Händler sich die Berechtigung der Kunden zunutze machen und die Goldmarkpreise beliebig erhöhen. Wie groß die Berechtigung in dieser Beziehung gerade unter den Arbeiterfrauen ist, kann man sehr oft aus ihrem Verhalten in Läden und Markthallen schließen. Ohne Widerrede wird jeder geforderte Preis gezahlt; man verläßt erst gar nicht, den ehemaligen Friedenspreis festzustellen, um ihn mit dem geforderten Goldmarkpreis zu vergleichen. Schreiber dieses hat wiederholt den Versuch gemacht, aus dem Verkäufer herauszubekommen, weshalb die Goldmarkpreise um so viel höher über den Friedenspreisen liegen und insbesondere darauf hingewiesen, daß die Löhne und Gehälter, die doch auch ein Element der Preisgestaltung sind, weit unter dem Friedensstand bleiben. Auf eine klare Antwort wartet man meist vergeblich! Aber wenn der preisliebende Käufer den Laden verlassen hat, macht der Verkäufer nicht selten die Bemerkung: „Der braucht ja bei mir nicht zu kaufen“. Die Anwesenden im Laden stimmen dem zu und am nächsten Tage legt der Verkäufer die Goldmarkpreise höher.

Wie kann nun dem lauzenden Publikum das Goddäntnis gespart werden? Es ist sicher verdienstvoll, wenn das Statistische Amt der Stadt Berlin die Lebenshaltungskosten auf Goldmarkpreise errechnet und in Vergleich setzt zu den Friedenspreisen; aber es genügt nicht, diese Feststellungen hin und wieder einmal durch eine Tageszeitung bekanntzugeben, sie sonst aber in irgendeiner Schieflage des Statistischen Amtes liegen zu lassen, sondern sie müssen vielmehr, wenn sie nicht totes Material bleiben sollen, der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Das könnte am besten geschehen durch periodischen Anschlag an den öffentlichen Plakataulen. In übersichtlicher Weise müssen die Warenpreise zu erkennen sein von 1913, dann, wie sie jeweils zur Zeit der Bekanntgabe vom Kleinhandel gefordert werden und in einer dritten Spalte diejenigen Preise, wie sie dem Handel zugestanden werden können. Die Bildung dieser Maßnahme wäre mindestens die, daß dem lauzenden Publikum die vergangenen Friedenspreise in Erinnerung zurückgerufen und sie selbst zu kritischer Selbstprüfung dem Produzenten und Händler gegenüber vorgelegt werden. Produzenten und Händler werden mit dieser Maßnahme an den Branger gepöbelt und werden sich wieder auf ihre lauzmännliche Ehrlichkeit besinnen müssen. Daß diese Maßnahme sachlich und technisch durchführbar ist, dürfte nicht bestritten werden; auch die entstehenden Unkosten müssen aufgebracht werden. Eine andere Frage ist die, welche Kräfte härter sind, die eine baldige Selbstdemobilisierung des Wirtschaftslivens herbeiführen wollen — die nur vor sich gehen kann, wenn Warenpreise und Kaufkraft in ein angemessenes Verhältnis gebracht werden — oder die, die aus einer neuen Geldentwertung und Inflation hoher Gewinne schöpfen wollen. Wie schon gesagt, darf der Währungskommissar an der inflationistisch wirkenden Goldmarkpreisgestaltung nicht achtlos vorbeigehen.

Verantwortlich für Inhalt: Graf Reuter; Wirtschaft: Witz; Gekanntes; Gewerkschaftsbewegung: J. Stiller; Redaktion: Dr. John Schillmann; Sekretär und Kontist: Rich. Kerkhoff; Anzeigen: H. Giese; sämtlich in Berlin. Berlin: Nordstraße-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Fortwärtz-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt; Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Be: Kobischmerz Erhältlich in Pulver und
Citrovaniille Frankf./M. 3. und
7,50 M. pro 100 g. in
München, 7,50 M. pro 100 g. in
Oblaten.

Urabstimmung der Metallarbeiter.

Für die Mitglieder des Metallartikels, die in Betrieben des Verbundes Berliner Metallindustrieller beschäftigt sind, findet am Freitag, den 30. November, resp. Sonnabend, den 1. Dezember, aber den am 24. November gefällten Schiedsspruch eine

Urabstimmung

statt. Der Schiedsspruch hat folgenden Wortlaut:

„1. Bezüglich der Lohnwoche vom 12. bis einschl. 18. November 1923 verbleibt es bei den tatsächlich gezahlten Löhnen. 2. Für die Lohnwoche vom 19. bis einschl. 25. November 1923 beträgt der Stundenlohn für männliche Arbeiter über 21 Jahre in der Klasse I 500 Milliarden Mark. 3. Ab 26. November 1923 beträgt der Stundenlohn für männliche Arbeiter über 21 Jahre in der Klasse V 41 Goldpfennige. Den Parteien wird aufgegeben, sich über die übrigen Fragen des Schiedspruches zu verständigen. Die Zahlung hat grundsätzlich in goldwertigen Zahlungsmitteln zu erfolgen. Soweit solche nicht zur Verfügung liegen, kann in Papiermark gezahlt werden. Die Berechnung der Goldmark in Papiermark geschieht nach dem amtlichen Berliner U. S. M.-Dollars-Mittelkurs. Abschlagszahlungen werden zum Kurse des Zahlungstages angedreht. Die Schlussberechnung erfolgt zum Kurse des zweiten Tages vor dem ordentlichen Lohnzahlungstage. Diese Regelung kann jederzeit geändert werden.“

Berlin, den 24. November 1923.

gez. Wulff, Ministerialrat, Berlin.

Auf Grund des Schiedspruches fanden Verhandlungen mit den Arbeitgebern statt, wonach sich

die Löhne

wie folgt gestalten: Für Arbeiter über 21 Jahre würde der Höchstlohn betragen pro Stunde in Gold: Klasse I 50 Pf., Klasse II 47 Pf., Klasse III 45 Pf., Klasse IV 43 Pf., Klasse V 41 Pf. Von 18—21 Jahren: Klasse I 40 Pf., Klasse II 38 Pf., Klasse III 36 Pf., Klasse IV 34 Pf., Klasse V 32 Pf. Die Einstellungslohne sind 3 Pf. niedriger. Die

Akkordbasis beträgt: Klasse I 47 Pf., Klasse II 45 Pf., Klasse III 43 Pf., Klasse IV 41 Pf., Klasse V 39 Pf. Für jugendliche männliche Arbeiter von 14—15 Jahren 10 Pf., 15—16 Jahren 15 Pf., 16—17 Jahren 20 Pf., 17—18 Jahren 25 Pf. Einstellungslohn 1 Pf. weniger. Die Zuschlagszulage würde betragen: für die Klasse I 10 Pf., für die Klasse II 7 Pf., für die Klasse III 3 Pf. Die Familienzulage für die Frau 2 Pf. und für das Kind 4 Pf. Die Löhne der Frauen betragen nach dem Vorschlag des Unternehmers 60 Proz. des Männerlohnes und würden sich wie folgt gestalten: b I 100 bzw. 75 Proz., b II über 21 Jahre entlohnt nach Klasse III der Männer, davon 60 Proz. III 27 Pf., Klasse IV 26 Pf., Klasse V 25 Pf. 18—21 Jahre Klasse III 22 Pf., Klasse IV 21 Pf., Klasse V 20 Pf. b III über 21 Jahre 26 Pf., 18—21 Jahre 21 Pf., b IV über 21 Jahre 26 Pf., 18—21 Jahre 21 Pf. Die Akkordbasis beträgt für die Arbeiterinnen der Glühlampenindustrie und denen, die nach Klasse III der Männer entlohnt werden, 25 Pf., Gruppe II der Glühlampenindustrie und die, die nach Klasse IV der Männer entlohnt werden, 25 Pf., die übrigen 24 Pf., weibliche unter 18 Jahren: 14—15 Jahre 10 Pf., 15—16 Jahre 12 Pf., 16—17 Jahre 15 Pf. und 17—18 Jahre 18 Pf.

Die Unternehmer haben den Schiedsspruch auf Gold abgelehnt. Die Funktionärversammlung der Arbeiter hat den Schiedsspruch ebenfalls abgelehnt.

Die Mitglieder haben zu entscheiden,

ob sie den Schiedsspruch annehmen oder ablehnen. Der Abstimmungszeitpunkt muß wie folgt beschrieben werden: Wer für Annahme des Schiedspruches ist, schreibt „Annahme“, wer für Ablehnung ist, schreibt „Ablehnen“. In der Abstimmung nehmen die Mitglieder der Organisationen teil, die dem Metallartikel angehören und die 45. Lohnwoche gefällig haben. Die abgegebenen Stimmzettel sind getrennt nach Annahme und Ablehnung in verschlossenen Kuverts unter Beifügung eines Protokolls der Abstimmungsberechtigten und Delegationsliste im Bureau des D.M.V. Clinkstr. 83/85, bis Sonnabend, den 1. Dezember, abends 6 Uhr spätestens abzugeben.

Im Auftrag des Metallartikels: Urich.

Preiswertes Angebot!
Herrenmäntel 8 Goldmk.
Arbeitskleid 7 Goldmk.
Ludwig Simon A.-G.
Friedrichstraße 10 • Verkaufzeit 10—5

Marken-Zigaretten
Tabak-Zigaretten Garbay, Balpaus, Constantin, Kermitt, Avramik, Muratti, e-brab u. Tagapr. Tabakwaren-Großhandl. Arnö Geßner, Werltstr. 21, Teleph. Moabit 2114. Stettin-Teleph. 747-1000.

Marken-Zigaretten
Tabake — Zigaretten
Batschard, Manell, Muratti, Constantin, Wenzel Rossmann, Tesconi
Fritz Stein
Tobakwaren-Importation
Dunkerstr. 3.
Hk. 101. 1. Reichs 1920

Milliarden sparen Sie
bei BRICH SCHULE
Neukölln, Kala-Friedr.-Str. 223
an der Weichselstr.
Für den Winter: Strumpfwand, Kinder- und Herren-Strümpfen, Kleider- und Wollwaren, Damen-Schleifer, Wäsche, Korbwaren.